

Nachrichtenagentur APD®

137/2020 - Zur sofortigen Veröffentlichung

Themen: Türkei, Staat & Religion, Christentum, Islam, Hagia Sophia, Weltkulturerbe, ACK, Erzpriester Radu Constantin Miron,



Außenansicht der Hagia Sophia
© Foto: Stephan G. Brass/APD

Hagia Sophia: Das Ende einer Epoche oder weiterhin „offen für alle“?

Istanbul-Köln-Frankfurt | 24.07.2020 | APD | Trotz internationaler Proteste findet heute nach 86 Jahren das erste Freitagsgebet in der Hagia Sophia statt. Präsident Erdogan hatte nach einem Urteil des Obersten Verwaltungsgerichts durchgesetzt, dass die im 6. Jahrhundert erbaute byzantinische Kirche und das ab 1935 als Museum genutzte Gebäude zukünftig wieder als Moschee genutzt werden soll.

Erklärung des ACK-Vorsitzenden

Der 24. Juli 2020 bedeute das Ende einer Epoche schreibt der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK), Erzpriester Radu Constantin Miron in einer Erklärung. Dieser staatliche Akt geschehe – wie so häufig in der Türkei – unter scheinbarer Wahrung der Rechtsstaatlichkeit. Das im 6. Jahrhundert gebaute Gotteshaus, das unter Kaiser Justinian als christliche

Kirche erbaut wurde und über neun Jahrhunderte als solche diente, werde, wie 1453 nach der Eroberung Konstantinopels durch die Osmanen, erneut zur Moschee.

Weltweite Proteste

Seit dem 1. Februar 1935 sei das auch Sophienkirche genannte Gebäude als Museum allen Besucherinnen und Besuchern offen gestanden, wie es der Gründer der modernen Türkei, Mustafa Kemal Atatürk, verfügt hätte. Im Bewusstsein der orthodoxen Christinnen und Christen bliebe und bleibe die Hagia Sophia allerdings die „Große Kirche Christi“. So sei es kein Zufall, dass Vertreter aller orthodoxen Patriarchate und eigenständigen Kirchen gegen die Entscheidung der türkischen Regierung protestiert hätten. Doch auch viele Vertreterinnen und Vertreter anderer Kirchen, europäischer und weltweiter Institutionen, nicht zuletzt der UNESCO, zu deren Welterbe die Hagia Sophia ja gehöre, hätten ihre Bestürzung über diesen Vorgang geäußert, der offenkundig nicht religiöse Bedürfnisse, sondern innen- und außenpolitische Ambitionen des türkischen Präsidenten befriedigen soll. Deshalb richteten sich diese Proteste – und auch die vorliegende Erklärung – nicht gegen den Islam oder das islamische Gebet, sondern gegen den Missbrauch der Religion, der hier zutage trete.

Hagia Sophia weiterhin „offen für alle“?

In einem Interview gegenüber CNN International versuchte der Sprecher des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan, İbrahim Kalın, die Empörung zu entkräften und versicherte, die ehemalige christliche Kirche, die bisher als Museum genutzt wurde, sei weiterhin „absolut offen für alle – Gläubige, Nicht-Gläubige, Muslime, Christen und Buddhisten“. Die Türkei lade „jeden ein, den Papst eingeschlossen“. Auch bestehe keine Gefahr für die Mosaikdarstellungen mit christlichen Darstellungen. Man treffe Vorkehrungen, um sie während muslimischer Gebete zu bedecken, sie würden aber nicht angetastet.

Wechselvolle Geschichte der Hagia Sophia

Der ACK-Vorsitzende macht weiter auf zwei Aspekte aufmerksam, die nur wenig zur Sprache gekommen seien: Zum einen sei die Hagia Sophia für die weltweite Christenheit nicht – wie behauptet wurde – „irgendein Gebäude, um das auf einmal so viel Aufhebens gemacht wird“. Vielmehr sei sie auch jene Kirche, auf deren Hauptaltar am 16. Juli 1054 der päpstliche Legat Humbert von Silva Candida das Bannschreiben über Patriarch Michael Kerullarios niederlegte, was zur Großen Kirchenspaltung zwischen Ost- und Westkirche führte. Sie sei also der symbolträchtige Ort, an dem damals das Schisma proklamiert wurde und der heute deshalb für alle, die in der Ökumene tätig sind, ein Mahnmal für die Wiederherstellung der Einheit der Kirche darstellt.

Zum anderen lasse die bewusste Wahl des 24. Juli als Datum der Umwidmung nichts Gutes erahnen, handele es sich doch um den Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrages von Lausanne (1923), in dem in den Artikeln 37-44 auch die Rechte der nicht-muslimischen Minderheiten bzw. die Verpflichtung der Türkei, diese und ihre religiösen Einrichtungen zu respektieren, festgeschrieben wurden. In den

vergangenen Jahren stellte der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan immer wieder diesen Vertrag in Frage.

Der 24. Juli - symbolträchtiges Datum

Seine Vorliebe für Symbolpolitik, die mal wieder durch diese Datumswahl deutlich wird, gehe also offensichtlich auch zu Lasten der christlichen Minderheit in der Türkei. Ihr Schicksal könne und dürfe Christen nicht gleichgültig sein. Zu oft hätten sie ihre Stimme nicht laut genug erhoben, wenn es um den Genozid an den Armeniern und anderen Völkern, um die Septemberpogrome des Jahres 1955, um die Ermordungen von christlichen Missionaren und Würdenträgern oder die zahllosen Enteignungen von Gebäuden und Grundstücken aller christlichen Kirchen des Landes ging.

Umwidmung – das Ende einer Epoche

Auch die Umwidmung der Hagia Sophia sei eine Enteignung, nicht im immobilienrechtlichen, sondern im geistlichen Sinn. Und sie bedeute das endgültige Ende einer säkularen, laizistischen, europäischen modernen Türkei, wie sie Atatürk vorschwebte, der die Hagia Sophia zum Museum gemacht hatte. Der 24. Juli 2020 bedeute das Ende einer Epoche.

Diese Agenturmeldung ist auch im Internet abrufbar unter: www.apd.info

IMPRESSUM:

Nachrichtenagentur APD®

Zentralredaktion Deutschland, Postfach 4260, 73745 Ostfildern

Tel: +49 511 97177-114

E-Mail: info@apd.info

Web: www.apd.info

Facebook: [AdventistischerPressdienstDeutschland](https://www.facebook.com/AdventistischerPressdienstDeutschland)

Twitter: https://twitter.com/apd_info

© Nachrichtenagentur APD Ostfildern (Deutschland) und Basel (Schweiz)

Kostenlose Text-Nutzung nur unter der Bedingung der eindeutigen Quellenangabe und klaren Zuordnung zur Quelle „**APD**“ gestattet.

Das © Copyright an den Agenturtexten verbleibt auch nach ihrer Veröffentlichung bei der Nachrichtenagentur APD.

APD® ist die rechtlich geschützte Abkürzung des Adventistischen Pressedienstes.